



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 069 / 2014

Kiel, Donnerstag, 20. Februar 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verbraucherschutz / Verbraucherzentrale

Oliver Kumbartzky: Die Unterstützung der Verbraucherzentrale durch Bund und Land muss auch künftig verlässlich gesichert werden

In seiner Rede zu TOP 11 (Zukunftsfähigkeit der Verbraucherzentralen) erklärt der verbraucherschutzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Verbraucher müssen durch Transparenz und Informationen über Dienstleistungen und Produkte in die Lage versetzt werden, selbstbestimmt auswählen zu können. Wir brauchen daher eine Stärkung des Verbrauchers auf dem Markt. Wir befürworten deshalb die Bereitstellung von Beratungsangeboten, Veranstaltungen und Informationsbroschüren der Verbraucherzentralen. Die Unterstützung dieser Angebote durch Bund und Länder muss angesichts ihrer Wichtigkeit auch künftig gesichert und nötigenfalls ausgebaut werden. Genau aus diesen Gründen haben wir im Dezember auch eine Erhöhung des Zuschusses an die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein beantragt und darüber hinaus auch dem Extra-Haushaltsantrag der Piraten zugestimmt. Leider fanden die Anträge keine Mehrheit – nicht einmal die CDU hat zugestimmt.

Seit diesem Monat nun haben die Verbraucherberatungsstellen im Land ihre Öffnungszeiten reduziert. Die Reduzierung der Öffnungszeiten war abzusehen. Schließlich sind bis 2014 allein die Lohnkosten um 22 Prozent gestiegen. Und das lässt sich durch Beratungsgebühren und Drittmittel nicht ohne weiteres kompensieren. Erschreckend ist, dass aufgrund der dünnen Personaldecke schon jetzt jeder dritte Anruf nicht mehr entgegengenommen werden kann, Tendenz steigend.

Es ist äußerst fragwürdig, warum das im November 2012 angekündigte Strategiepapier für die Verbraucherberatungsstelle in Heide immer noch nicht vorgelegt wurde. Vor allem vor dem Hintergrund des Koaliti-

onsvertrages von SPD, Grünen und SSW, in dem es heißt: *„Wir wollen das bestehende Beratungsangebot der Verbraucherzentralen im Land (...) erhalten und optimieren.“*

Ich erinnere mich noch sehr gut an das Foto in der regionalen Zeitung, auf dem Staatssekretär Müller-Beck grinsend und mit Gefällt-mir-Daumen vor der Heider Beratungsstelle posiert. Die Botschaft war: *„Die Verbraucherzentrale bleibt erhalten.“* Doch seitdem wurde es still um den Staatssekretär. Es wurde zugesagt, ein Strategiepapier vorzulegen. Das war, wie gesagt, im November 2012. Zehn Monate später war die Antwort auf eine Kleine Anfrage, wie es um das Strategiepapier stehe, schlicht: *„Die strategischen Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen.“*

Es ist jetzt wirklich an der Zeit, dass die Landesregierung in die Puschen kommt und das zugesagte Konzept vorlegt.

Die Chance, im Landeshaushalt 2014 die richtigen Weichen zu stellen, wurde leider seitens der Koalition und der CDU vertan. Und leider ist der vorgelegte Änderungsantrag von SPD, Grünen und SSW auch nicht der große Wurf.

Die Verbraucherzentrale braucht verlässliche Zusagen des Landes. Immer alles über Projekte zu finanzieren bzw. zeitweise zwischenzufinanzieren, ist nicht der optimale Weg.

Für uns hat die Verbraucherzentrale mit allen ihren Beratungsstellen im Land gerade in Zeiten eines gewünschten kritischen Verbraucherverhaltens eine herausragende, unverzichtbare Bedeutung. Die Unterstützung der Verbraucherzentrale durch Bund und Land muss daher wie gesagt auch künftig verlässlich gesichert werden.“